

## Vernehmlassungsantwort

Sent, 29.06.2021

Per Mail an:

[info@dfg.gr.ch](mailto:info@dfg.gr.ch)

Departement für Finanzen und Gemeinden

Reichsgasse 35

7001 Chur

## Vernehmlassung Teilrevision des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis der Mitarbeitenden des Kantons Graubünden (Personalgesetz)

Sehr geehrter Herr Regierungsrat Rathgeb, sehr geehrte Damen und Herren  
Für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum vorliegenden Vernehmlassungsentwurf für eine Teilrevision des Gesetzes über das Arbeitsverhältnis der Mitarbeitenden des Kantons Graubünden (Personalgesetz, PG; BR 170.400) bedanken wir uns bestens.

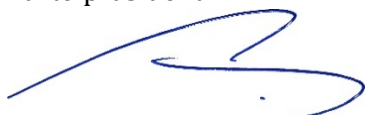
Die SVP Graubünden erachtet jedoch den Zeitpunkt der Teilrevision als falsch. Mit einer markanten Besserstellung der Arbeitsverhältnisse im Öffentlichen Dienst sendet der Kanton in der aktuellen Zeit ein falsches Signal gegen Aussen ab. In einer Zeit, in welcher viele Bündnerinnen und Bündner sich mit wirtschaftlichen Sorgen und Zukunftsängsten beschäftigen müssen, sollte sich der Staat mit Verbesserungen von Arbeitsbedingungen zurückhaltend zeigen.

Weiter kommt das geltende Personalgesetz auch in vielen Gemeinden über Verweise im Gemeinderecht und in den Arbeitsverträgen zur Anwendung. Selbstverständlich sind diese in rechtlicher Hinsicht frei, Änderungen des Personalgesetzes nicht zu übernehmen. In faktischer Hinsicht wird der Druck auf die Gemeinden jedoch gross, die Änderungen im Personalgesetz zu übernehmen. Abweichungen zum kantonalen Personalgesetz müssen explizit gemacht werden und die Argumentation gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, warum die kantonalen Angestellten in Bereichen, in welchen sie in der Vergangenheit gleichgestellt waren, künftig bessergestellt werden sollen, wird schwierig.

Es ist uns bewusst, dass gewisse Punkte (wie z.B. die Flexibilisierung der Alterspensionierung in Art. 15) durchaus Sinn ergeben. Aber auf die vorliegende Teilrevision mit Elementen wie einer zusätzlichen Ferienwoche, Einführung von bezahlten Sabbaticals und der zusätzlichen Unterstützung von familienergänzenden Kinderbetreuungen sollte verzichtet werden. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüssen

Roman Hug  
Parteipräsident



Reto Rauch  
Parteisekretär

